

Ressort: Politik

Streit über sichere Herkunftsländer geht weiter

Bremen, 05.06.2018, 08:35 Uhr

GDN - Die geplante Einstufung der Maghreb-Staaten und Georgiens als sichere Herkunftsländer hilft aus Sicht des Bremer Innensenators Ulrich Mäurer (SPD) nur, wenn der Bund die Kommunen bei Abschiebungen besser unterstützt. "Das genügt nicht und ist noch lange kein Durchbruch in der Abschiebepolitik", sagte Mäurer der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Dienstagsausgabe) zu den Plänen des Bundesinnenministeriums.

Die Bundesregierung müsse dafür sorgen, dass die Herkunftsländer kooperierten und abgelehnte Asylbewerber auch wirklich zurück nähmen. Viele Abschiebungen scheiterten an den Herkunftsländern, auch, weil der Bund die Kommunen in diesem Punkt allein lasse. Der Innensenator sagte: "Wir als Kommune haben keinen Zugang zu diesen Ländern und brauchen die Unterstützung aus Berlin." Der Bund müsse mit den betreffenden Herkunftsländern verbindliche Vereinbarungen schließen. Außerdem müsse die Identität der Asylbewerber geprüft werden. "Das ist das A und O", sagte Mäurer.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-107158/streit-ueber-sichere-herkunftslaender-geht-weiter.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com